

**Zeitschrift:** Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin  
**Herausgeber:** Verein Saiten  
**Band:** 12 (2005)  
**Heft:** 134

**Artikel:** Die Sache mit der City-Pflege  
**Autor:** Schmid, Christian  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-885246>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# DIE SACHE MIT DER CITY-PFLEGE

In einem Gespräch erklärt ETH-Dozent und Stadtforscher Christian Schmid, was die Einführung eines Wegweisungsartikels zur städtischen Entwicklung besagt, weshalb der Widerstand dagegen nötig ist und mit welchen Mitteln man aufzeigen kann, dass das Stadtleben Spass macht.

von Marcel Bächtiger und Kaspar Surber

In St.Gallen wird demnächst über ein neues Polizeireglement abgestimmt, das als augenfälligste Neuerung einen Wegweisungsartikel enthält. Damit können in Zukunft Personen aus dem öffentlichen Raum gewiesen werden, bei denen der «begründete Verdacht» besteht, dass sie die öffentliche Ordnung stören könnten. Christian Schmid, wo steht für Sie als Soziologen die Einführung eines solchen Wegweisungsartikels in der städtischen Entwicklung?

In der städtischen Entwicklung herrschte lange Zeit die Tendenz vor, aus der Innenstadt wegzuziehen, es war von Desurbanisierung und vom Zerfall der Innenstädte die Rede. Dann aber setzte – an einigen Orten schon in den Siebzigern, an anderen erst in den Neunzigern – eine Wiederentdeckung des Städtischen ein. Zu Beginn hatte das eine sehr emanzipative Seite: Die Einforderung des Städtischen kam häufig von jungen, engagierten Leuten. Ihnen ging es darum, die Stadt als Ressource und als Ort der Kreativität, auch als Ort der Auseinandersetzung, als «Ort für alle» einzufordern. Mit diesen Forderungen hatte man auch Erfolg: Das Leben in den Schweizer Städten, die ja in den Siebziger Jahren tatsächlich langweilig und borniert waren, wurde sehr viel urbaner. Das hatte natürlich auch einen ökonomischen Effekt: Plötzlich entstanden in den innenstädtischen Quartieren neue Treffpunkte, Restaurants, Kulturzentren und was dazu gehört. Das zog wiederum zahlungskräftigere Schichten an, die sogenannten «Young Urban Professionals», die ebenfalls den Reiz dieser urbanen Biotope entdeckten...

... und wie lange blieb das urbane Biotop ein solches? Die Öffnung in den achtziger Jahren bewirkte auch eine Tolerierung der offenen Drogenszene, in Zürich auf dem Platzspitz gar der grössten offenen Drogenszene weltweit. Dies war für rechtspopulistische Kreise ein willkommen Anlass, um daran ihre politische Position

festzumachen. Hier beginnt der mediale Aufstieg von SVP und Blocher. Die Politik reagiert konzeptlos, der Platzspitz wurde geschlossen und die Drogenszene ins angrenzende Wohnquartier getrieben, was die Probleme massiv verschärfte. Dies führte auch zu einer Veränderung in der öffentlichen Auseinandersetzung: Kreise, die sich bisher für eine offene Drogenszene ausgesprochen hatten, waren nun viel stärker für repressive Massnahmen zu haben. Daraus entwickelte sich das Vier-Säulen-Konzept, ein liberales Vorgehen mit Unterstützungsleistungen auf der einen, gepaart mit repressiven Elementen auf der anderen Seite. Dieser Kompromiss hat funktioniert, er wurde in Volksabstimmungen bestätigt, die Drogenfrage verlor ihre Dringlichkeit. Umso erstaunlicher ist es, dass sich die Strategie der Ausgrenzung weiterentwickelt hat, wie eine Art Kaskade: Von den Drogenabhängigen zu den Asylsuchenden bis hin zu Plakataktionen unter dem Titel «Erlaubt ist, was nicht stört».

Worin liegt die Ursachen dieser Kaskade der Ausgrenzung? Letztlich lässt sie sich nur vor einem ökonomischen Hintergrund erklären. Mit der «Aufwertung» der Innenstädte und dem Aufkommen des Neoliberalismus wurde die Stadt immer stärker als ein ökonomisches Unternehmen betrachtet. Ein solches Unternehmen soll ein möglichst verkaufsträchtiges Image erreichen, das dann wiederum gute Steuerzahler und Firmen anzieht. Die Forderung nach Ruhe und Ordnung bekommt damit eine andere Qualität, sie wird zu einem Bestandteil eines umfassenden Stadtmarketings. Dabei kommt es oft auch zu einer Privatisierung des öffentlichen Raumes. Er wird zunehmend von privaten Interessen in Beschlag genommen. Bahnhöfe zum Beispiel waren lange Zeit öffentliche Räume – heute sind es kommerzielle Räume. Die öffentlichen Bahnbetreiber verhalten sich wie kommerzielle Unternehmen und behandeln einen Bahnhof wie ein Einkaufszentrum.



Sie haben den Anspruch, zu bestimmen, wer sich darin aufhält und wer sich darin nicht aufhalten soll. Securitas und Videokameras werden aufgestellt. Obwohl die öffentliche Sicherheit in keiner Weise gefährdet wäre. Es geht in erster Linie darum, dass man an solchen Orten eine kaufkräftige Kundschaft haben möchte. Und zahlungskräftigere Leute sind eben empfindlich auf Störungen. Viele empfinden das wirklich urbane Leben als etwas Störendes.

Aber jene, die damals die Stadt als «Ort für alle» reklamiert haben, die wären ja an sich noch da. Tatsächlich bricht hier ein Widerspruch auf: Untersuchungen, etwa der Sozialgeographen Hermann und Leuthold, haben gezeigt, dass im Gegensatz zum rechtskonservativen Umland die Stadtbevölkerung der Deutschschweizer Städte zunehmend linksliberal abstimmt. Man würde in diesen Städten also eine aufgeklärte urbane Mittelschicht erwarten, die gerne in den Ausgang geht, die kulturell interessiert und weltoffen ist. Das ist sie auch. Bloss: So liberal sich diese urbane Mittelschicht auch gibt, möchte sie dennoch ein möglichst angenehmes Leben in einer geregelten Umgebung führen. Man hat zwar nichts dagegen, wenn ab und zu Parties stattfinden. Stadtleben soll ja anregend sein. Die Kehrseite möchte man aber möglichst vom Tisch haben. Man möchte das urbane Leben möglichst ungestört geniessen können. Das ist ein ganz zentraler Widerspruch. Denn wenn dieses Leben wirklich urban ist, wenn Gegensätze und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen aufeinandertreffen, dann gibt das Reibungen, es entstehen Auseinandersetzungen, denen man sich stellen muss. Dass sich ein Grossteil der Stadtbevölkerung diesen Auseinandersetzungen

## Allgemeine Bestimmungen: EIN POLIZEIREGLEMENT FÜR DIE CITY-PFLEGE

Es begann mit Securitas auf dem Klosterplatz, es folgten Securitas in den Postautos. Es folgten Türsteher vor fast jeder Bar. Und im vergangenen Herbst folgte auch das St.Galler Stadtparlament. In der Totalrevision des städtischen Polizeireglementes schrieb es die private Entwicklung von Ausschluss und Ausgrenzung politisch fest: Wer nur schon den Verdacht erweckt, Ruhe und Ordnung stören zu können, beziehungsweise, wer nur schon den Verdacht erweckt, zu einer Gruppe zu gehören, die den Verdacht erweckt, Ruhe und Ordnung zu stören, kann von einem öffentlichen Platz weggewiesen werden. In einer turbulenten, schlecht vorbereiteten Debatte wurde weiter das wilde Plakatieren zum Offizialdelikt erklärt, entgegen dem Willen des Stadtrats ein Vermummungsverbot beschlossen und die Aufbewahrungsdauer für Datenmaterial von Videokameras auf 100 Tage ausgeweitet. Die Stossrichtung des neuen Polizeireglementes ist offensichtlich: Es dient vornehmlich der City-Pflege im Standortwettbewerb der Städte. Juristische Willkür wird dabei ebenso in Kauf genommen wie der Verlust von Urbanität. Die über ein Ratsreferendum zustande gekommene Abstimmung am 5. Juni wird also zu einem Richtungsentscheid: Wer Nein sagt, sagt Ja zu einem lebendigen Stadtleben, hier und anderswo. Auch andere Städte planen die Einführung ähnlicher Verordnungen. Sie werden am 5. Juni genau nach St.Gallen blicken. (ks.)



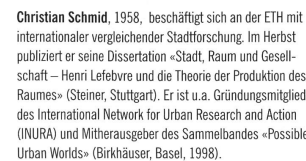
Damit wird eine ganz entscheidende Schwelle überschritten: Der Wegweisungsartikel spielt nicht mehr auf das Verhalten, sondern auf die Person. Es geht nicht mehr darum, was die Menschen tun, sondern um die Vorstellung, was sie tun könnten. Sie werden also nur nach ihrem Erscheinungsbild beurteilt. Umso er-

Betriebe, Städte, Regionen, alle möchten innovativ sein. «The creative city» etwa ist ein Schlagwort, das mittlerweile weltweit vermarktet wird. Aber unter dieser Kreativität stellt man sich immer Hochglanzkreativität vor, eine voll geregelte, voll effiziente, reibungslose Maschinerie. Ohne sich zu überlegen, dass Kreativität erst durch Reibung von



Wobei gerade solche Anlässe im öffentlichen Raum unterdessen ebenfalls institutionalisiert sind: Es handelt sich dann um sogenannte

Ja gerne, aber vielleicht ohne Tonband.



Für alle Sicherheitskameras gelten laut dem eidgenössischen Datenschutzbeauftragten die gleichen Auflagen: Die Passanten müssen informiert werden, die Überwachung muss verhältnismässig sein, Dritte dürfen keinen Zugriff haben. Aufzeichnungen sollten innerhalb von 24 Stunden vernichtet werden, so die Empfehlung. Daran hält sich das St.Galler Polizeiregiment nicht. Es soll darin eine Aufbewahrungsdauer von 100 Tagen festgeschrieben werden. Der Stadtrat selbst hatte 30 Tage gefordert. (kne)